



Christine Lambrecht

Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Presseinformation

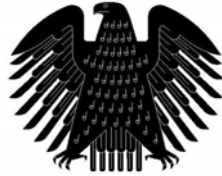
Lambrecht: Entlastungen für die Kommunen dürfen nicht beim Land kleben bleiben!“

Bergsträßer Bundestagsabgeordnete schreibt an Ministerpräsident Koch

Berlin/Viernheim, 17. Februar 2006 - Die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete **Christine Lambrecht (SPD)** hat den hessischen Ministerpräsidenten Koch aufgefordert, die Entlastungen durch Hartz IV in Hessen, wie im Vermittlungsausschuss vereinbart, in voller Höhe an die Kommunen weiterzugeben. In einem Schreiben nahm sie Bezug auf eine Untersuchung des Bundesfinanzministeriums, wonach viele Länderfinanzminister die volle Weiterleitung der Entlastungen an die Kommunen absprachewidrig nicht in den Haushalt eingestellt hätten. Die Vorsitzende des Deutschen Städtetags, **Petra Roth (CDU)**, hatte daraufhin den Ländern vorgeworfen, die Städte und Kommunen „auszuweiden“.

Im Rahmen der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für erwerbsfähige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat die Bundesregierung den Kommunen eine finanzielle Entlastung in Höhe von 2,5 Mrd. € zugesichert. In dieser Entlastung sind auch Einsparungen der Länder beim Wohngeld und bei den Eingliederungsleistungen enthalten. Diese sind von den Ländern ohne Abstriche an ihre Kommunen weiterzuleiten. Das ist im Vermittlungsausschuss zwischen dem Bund und den Ländern zu Hartz IV vereinbart worden.

Spätestens zum 1. März 2005, dem Zeitpunkt der vereinbarten ersten Revision zu Hartz IV, wird zu überprüft, ob die Bundesländer ihre Verpflichtungen in diesem Zusammenhang er-



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Presseinformation

füllen und den Kommunen die ihnen zustehenden Entlastungen zukommen lassen. „Für den Bund wäre es nicht hinnehmbar, dass die Länder eingesparte Beträge ihren Gemeinden vorenthalten“, so Christine Lambrecht.

In der vergangenen Woche berichteten die deutschen Medien über eine Untersuchung des Bundesfinanzministeriums, nach der die umfassende Weitergabe der Länderentlastung an Städte und Gemeinden in Frage gestellt ist.

Die Überprüfung des BMF bezog sich auf eine Auswertung der ihm vorliegenden Haushaltspläne der Länder für das Jahr 2005 bzw. unmittelbare Auskünfte der Länderfinanzministerien. „Alle Ergebnisse deuten darauf hin, dass die von den Ländern zugrunde gelegten Wohngeldentlastungen deutlich unterhalb der Schätzungen in Höhe von 2,05 Mrd. € angesetzt wurden, die dem Beschluss des Vermittlungsausschusses vom 30. Juni 2004 zugrunde lagen“, so Christine Lambrecht in dem Schreiben. „Insgesamt beabsichtigen sie, rund 400 Mio. € weniger an die Gemeinden weiter zu leiten. Dies ist, je nach Bundesland, eine Minderung von rund 15 bis 30 Prozent“. Stadtstaaten wurden nicht berücksichtigt, da hier die Entlastung praktisch im eigenen Haushalt vollzogen wird.

„Hinzu kommt, dass kein Landeshaushalt vorsieht, eingesparte Eingliederungsleistungen (für vor der Reform arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger) in Höhe von 200 Mio. € weiterzugeben“, kritisierte Lambrecht.

„Diese Entwicklung ist aus Bundessicht und auch im Interesse der Kommunen nicht hinnehmbar“, machte Lambrecht in dem Schreiben deutlich.

Sie verwies den Koch in diesem Zusammenhang auch auf die deutliche Kritik von Kochs Parteifreundin Petra Roth, die als



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Presseinformation

Vorsitzende des Städtetags und Oberbürgermeisterin von Frankfurt a.M. die „klebrigen Hände der Länderfinanzminister“ hart kritisiert hat. Laut Frau Roth geben die Länder ihre Entlastungen durch Hartz IV anders als vereinbart nicht in voller Höhe an die Kommunen weiter, weil sie damit lieber ihre eigenen Haushalte sanieren. Diese Gefahr sieht in Hessen auch Christine Lambrecht. In ihrem Schreiben fordert sie Koch abschließend auf, den Vereinbarungen des Vermittlungsausschusses Folge zu leisten und die Entlastungen durch Hartz IV in voller Höhe an die Kommunen weiterzugeben.